

Kurzberichte aus Praxis und Forschung

”2000 Jahre Konversion – eine Herausforderung an die Planungs- und Strukturpolitik”. Herbsttagung des Informationskreises für Raumplanung (IfR) am 5./6. November 1993 in Trier

Tagungsbericht

Der Informationskreis für Raumplanung (IfR) veranstaltete am 5. und 6. November 1993 in Trier seine diesjährige Herbsttagung. Auch diesmal wurde wieder ein aktuelles Planungsproblem aufgegriffen, und zwar das Problem der Umwandlung und Wiedernutzung freiwerdender militärischer Liegenschaften (Flächenkonversion). Im folgenden werden kurz die wichtigsten Ergebnisse der Tagung resümiert.

Infolge des internationalen Abrüstungsprozesses und der veränderten sicherheitspolitischen Lage in Europa kommt es auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zu Truppenreduzierungen in einem für Friedenszeiten bisher nicht gekannten Ausmaß. Die ehemals sowjetischen Truppen in den neuen Ländern werden vollständig abgezogen und die alliierten Truppen in den alten Bundesländern in erheblichem Umfang reduziert. Gleichzeitig wird die Bundeswehr um rund ein Drittel verringert.

Die mit dem Abrüstungsprozeß verbundenen Anpassungs- und Umstellungserfordernisse stellen eine spezifische Form des Strukturwandels dar. Strukturwandel ist sowohl mit Vor- als auch Nachteilen verbunden. In der ersten Phase des Abrüstungsprozesses sah man in den freiwerdenden militärischen Liegenschaften die große Chance, eine aktive Strukturpolitik zu betreiben. Mittlerweile ist diese euphorische Begeisterung einer eher skeptischen Einschätzung gewichen. Dies gilt vor allem für die ländlichen strukturschwachen Regionen.

Gestützt auf Praxisberichte aus verschiedenen Regionen der Bundesrepublik wurde im Verlauf der Tagung deutlich, daß eine differenzierte Bewertung und eine dem jeweiligen Raum gerecht werdende Strategie notwendig ist. Die Konversion der militärischen Liegenschaften ist eine längerfristige Aufgabe und stellt neue Herausforderungen an die räumliche Planung auf allen Ebenen. Die Größe der Konversionsflächen und die künftig noch knapper werdenenden Finanzmittel der Kommunen legen zudem die Notwendigkeit einer kommunalen und regionalen Zusammenarbeit und in manchen Fällen auch eine landesplanerische Einordnung und Abstimmung nahe.

Die planerische und städtebauliche Bewältigung des Problems ”Konversion” besitzt trotz mancher Unterschiede wichtige Parallelen zu dem Problem der Gewerbe- und Industriebrachen. Die bisher gemachten Erfahrungen bei der Umnutzung dieser Flächen sollten daher genutzt werden. Denn ebenso wie Gewerbe- und Industriebrachen sind militärisch genutzte Flächen häufig mit Altlasten behaftet. Auch befinden sich die Flächen nicht in kommunalem Eigentum. Die Umsetzung der planerischen Vorstellungen, d.h. Erwerb, bauliche Veränderung und Umnutzung der Flächen, erfordert in der Regel enorm hohe finanzielle Mittel. Sinnvoll erscheint daher die frühzeitige Einbindung privater Investoren in den Planungsprozeß. Dies reduziert nicht nur das Risiko kommunaler Fehlinvestitionen, sondern ermöglicht auch die Erschließung privater Finanzierungswege (z.B. Public-Private Partnership). Der Umsetzungsprozeß kann durch Projektmanagement, Kooperation und die Erarbeitung einer zielgruppenorientierten Marketingstrategie beschleunigt werden. Im Gegensatz zu Gewerbe- und Industriebrachen handelt es sich bei den freiwerdenden militärischen Liegenschaften jedoch um Flä-

chen, die bisher der kommunalen Planungshoheit entzogen waren. Mit der Freigabe der Flächen müssen die kommunalen und regionalen Planungsträger zunächst planerische Vorstellungen für diese Flächen entwickeln.

Die überaus angespannte Haushaltslage der Städte und Gemeinden bedeutet zunehmend eine Restriktion für die Bewältigung des Problems ”Konversion”. Die gegenwärtige gesamtwirtschaftliche Rezession wirkt zusätzlich erschwerend. Die Vorteile des Truppenabbaus, d.h. vor allem die zivile Nutzung bisher militärisch genutzter Flächen, sind vor allem in ländlichen Standortgemeinden aufgrund fehlender privater Investoren nur schwer zu realisieren. Eine umfassendere förder- und regionalpolitische Flankierung des Abrüstungsprozesses sowie weitere Erleichterungen bei der Überführung der Liegenschaften in kommunales und privates Eigentum ist daher aus Sicht vieler betroffener Städte und Gemeinden unausweichlich. Die regional generierbaren Finanzmittel reichen sicherlich in vielen Fällen nicht zur Bewältigung des Problems Konversion aus. In den vom Truppenabbau betroffenen Regionen müssen aber auch Promotoren vor Ort den Konsensfindungsprozeß anstoßen und damit die regionale Handlungs- und Strategiefähigkeit mobilisieren. Hierbei handelt es sich um einen Lernprozeß, der in vielen Regionen unter schwierigen Ausgangsbedingungen initiiert und organisiert werden muß. Finanzielle Anreizstrukturen und vielfältige Hilfestellungen im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe erscheinen dabei unerlässlich.

Dipl.-Volksw. Michael Zarth
Bundesforschungsanstalt für
Landeskunde und Raumordnung
Am Michaelshof 8
53177 Bonn